

**Führen veränderte Rahmenbedingungen
der Wirtschaft zu ethischem
Handeln der Wirtschaftsteilnehmer?**

*

**(Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen als
Voraussetzung für ethisches Handeln)**

*

**Vortrag im Rahmen
der
FJVD-Sommertagung 2005
(10. – 12. Juni)
Marktwirtschaft
ohne Kapitalismus?**

*

Neue Regeln statt halbherziger Appelle

am 11. Juni 2005 in Wuppertal-Nevig

*

*“Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt,
und das Gesetz, das befreit.“*

Jean Jaques Rousseau¹

¹zit. nach Lafontaine 2001

Eine aktuelle Meldung aus meiner Heimat:

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg hat den mit 100.000 Euro dotierten Preis für Angewandte Forschung an Prof. Dr. habil. Josef Wieland vergeben. Es ist der höchstdotierte Preis, den ein Bundesland ausschreibt. Wieland, einer der profiliertesten Vertreter der FH Konstanz und international anerkannter Fachmann für Wirtschafts- und Unternehmensethik, ist deutschlandweit der erste Vertreter einer Fachhochschule, der diesen Preis entgegengenommen hat. Der offizielle Festakt zur Verleihung dieser Auszeichnung fand am vergangenen Montag (6. Juni 2005) in Heidelberg statt. „Die Bedeutung eines Preises hängt wesentlich davon ab, nach welchen Kriterien er vergeben wird. Beim Landesforschungspreis Baden-Württemberg sind die Maßstäbe sehr hoch“, erläuterte Minister Frankenberg den Stellenwert der Auszeichnung.

Wieland befasst sich also mit den praxisbezogenen Aspekten von Ethik und erhält diese Auszeichnung nicht zuletzt für das von ihm entwickelte WerteManagementSystem. Gem. Wieland ist in Unternehmen und Organisationen neben wirtschaftlichem Erfolg auch moralisches Engagement eine Bedingung nachhaltiger Unternehmensentwicklung. Er beschreibt unter anderem, mit welchen konkreten Maßnahmen ein ethischer Wandel in Unternehmen gefördert werden kann. „Wirtschaftsskandale zeigen, dass es nicht reicht, sich auf formale Kontrollsysteme zu verlassen. Vielmehr müssen informale Steuerungsmechanismen wie Werte und Moral integriert werden“, erläutert er. Aber wie sollen diese Steuerungsmechanismen angelegt sein, und wer setzt sie um? Auf diese Fragen will er mit seinem WerteManagementSystem eine Antwort geben. Das von ihm entwickelte Instrument soll einen ethischen Wandel in Unternehmen unterstützen, zur Prävention von Wirtschaftskriminalität dienen, Werte mobilisieren und bei der Entwicklung und Einführung ihrer Unternehmenskultur helfen.

Wirtschaft und Ethik, diese beiden Begriffe waren lange Zeit in unterschiedlichen Welten zu Hause und wollten nicht so recht zusammenkommen. Die Ökonomen warfen den Philosophen und Theologen vor, keine berechenbaren Ergebnisse zu liefern, und umgekehrt zogen sich die Ethiker oft zurück, da ihre Appelle nicht befolgt wurden. Der preisgekrönte Konstanzer Wirtschaftsethiker ist nun einer, der Brücken bauen möchte und zeigen, wie Ethik den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen und Organisationen beeinflusst, und beschreiben, mit welchen konkreten Maßnahmen ein ethischer Wandel vollzogen werden kann. Dass Ethik den wirtschaftlichen Erfolg beeinflusst, zeigen Fälle wie Enron in den USA oder EM.TV in Deutschland sowie Korruptionsskandale in der Baubranche. Hier entwickeln sich nicht vorhandene oder unerwünschte Werte bei Führungskräften

und Mitarbeitern zum Bestandsrisiko für das Unternehmen. „Die Skandale zeigen auch, dass es nicht reicht, sich auf formale Kontrollsysteme zu verlassen. Vielmehr müssen informale Steuerungsmechanismen wie Werte und Moral integriert werden“, erklärt Wieland. „Mit unserem Instrument werden die Werte eines Unternehmens – zum Beispiel Fairness – mit den verschiedenen Ebenen des Managements wie der Strategie, der Organisation, der Kommunikation und dem Controlling verbunden“.

Wielands anwendungsorientiertes WerteManagementSystem ist in seine „Theorie der Governance moderner Gesellschaften“ eingebettet. Mit dieser seiner Theorie, die international hohes Renommee genießt, will er den Nachweis dafür erbringen, dass wirtschaftlicher Erfolg und moralisches Engagement kein Widerspruch sein müssen, sondern ganz im Gegenteil: dass sich beides als Bedingung nachhaltiger Unternehmens- wie Gesellschaftsentwicklung erweist. Wieland beschreibt, über welche Spielregeln moderne Gesellschaften gesteuert werden. Zu diesen Spielregeln gehören beispielsweise Gesetze, die Kultur einer Gesellschaft oder eines Unternehmens, aber auch die persönlichen Werte von Individuen. Die „Theorie der Governance moderner Gesellschaften“ wurde von ihm innerhalb der vergangenen 15 Jahre entwickelt und ist eine der führenden Theorien der wirtschafts- und unternehmensethischen Diskussion. Ihre Entwicklung wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie durch das Landesforschungsprogramm Baden-Württemberg „Innovative Projekte“ gefördert. Seit 2003 treffen sich jährlich führende Wirtschafts- und Unternehmensethiker verschiedener europäischer Hochschulen, um in Konstanz über Wirtschafts- und Unternehmensethik und die Ergebnisse von Josef Wieland zu diskutieren.

Der Zusammenhang zwischen Ethik und Ökonomie und auch die Verwissenschaftlichung dieses Zusammenhangs ist also in aller Munde. Lehrstühle für Unternehmensethik schießen zum Teil wie Pilze aus dem Boden. Was dabei auffällt: Im Vordergrund steht die Betrachtung des Zusammenhangs dergestalt, dass in erster Linie untersucht wird, ob und wie Ethik – oder das, was man dafür hält oder unter diesem Begriff subsumiert – die ökonomische Performance, den Erfolg von Unternehmen oder von größeren Einheiten oder auch von ganzen Volkswirtschaften beeinflusst. Als sei es ganz selbstverständlich, bleibt also die Ökonomie und der ökonomische Erfolg der Maßstab aller Dinge, an dem sich alles andere, und eben auch die Ethik, messen lassen müssen und ggf. ihre Existenzberechtigung dankend zur Kenntnis nehmen dürfen. Und so regt sich gemeinhin auch nicht sehr viel Widerspruch, wenn konstatiert wird, dass man, wenn man ethisch handelt (oder wenigstens so tut), dass man dann eben nachhaltig handelt und jedenfalls zum langfristigen Erfolg der Organisation mehr beiträgt als man würde, würde man „ethisches“ Handeln unterlassen.

Deutlich weniger Konkretes erfährt man allerdings von dieser neuen Disziplin, wenn es um die Frage geht, was denn nun zu tun sei, wenn Ethik und ökonomische Performance in Konflikt miteinander geraten. Dabei wird dieser Konflikt nicht erst augenscheinlich bei Begriffen wie „Napalm“ und „Zyklon B“, sondern ist Bestandteil tagtäglicher Erfahrung: Sollen wir uns als Halter der Police einer privaten Rentenversicherung freuen über den Arbeitsplatzabbau des Unternehmens, in das diese Versicherung investiert hat oder als Mitmenschen darüber traurig sein? Sollen wir uns als Familienväter über Rüstungsaufträge freuen oder darüber traurig sein? Sollen wir als Fachverkäufer dem ahnungslosen Kunden „verraten“, dass das teurere Produkt für seine Zwecke völlig überdimensioniert und deshalb ungeeignet ist? Die Etablierung einer „Unternehmens- bzw. Wirtschaftsethik“ kann über die Existenz dieses Grundkonfliktes nicht hinwegtäuschen, auch dann nicht, wenn das vielleicht auf den ersten Blick so aussieht und auch dann nicht, wenn das der eigentliche Sinn dieser Innovation sein sollte.

Noch dünner wird die Aussagekraft dieser „Ethik“ bei der Frage, ob und ggf. inwieweit – gewissermaßen in Umkehrung von unterstellter Ursache und Wirkung – die real existierende Ökonomie unser ethisches Handeln beeinflusst, beeinträchtigt, einschränkt, begrenzt. Und eben weil wir von dieser neuen akademischen Disziplin darauf keine Antworten erwarten dürfen, ist es so wichtig und so richtig, dass wir uns an diesem Wochenende selber darum kümmern.

Dabei wird immer offensichtlicher, dass die Bedingungen, unter denen unsere Ökonomie real existiert, unserem Vermögen, real ethisch zu handeln, immer engere Grenzen setzen, uns die Daumenschrauben immer enger anziehen. Ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung (die mit Abstand „progressivste“ Farbkombination einer Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik) setzt in einer einzigen Legislaturperiode die Axt an alle drei Säulen des Sozialstaates: an die Arbeitslosen-, an die Renten- und an die Krankenversicherung. Alle drei gesetzlichen Versicherungssysteme werden „entsolidarisiert“; d.h. die Umverteilung von oben nach unten wird sehr stark eingeschränkt und zurückgeführt, die Umverteilung von unten nach oben wird beschleunigt. Es wird also ganz offensichtlich immer „egaler“ (immer unbedeutender, immer gleichgültiger), von welcher Ethik, von welchem Wertesystem politische „Entscheidungsträger“ umfassen sind, eben deshalb, weil sie nur noch vermeintlich „entscheiden“, und in Wahrheit andernorts entschiedene „Sachzwänge“ der eigenen Wähler-Klientel „verkaufen“ müssen, und sich bemühen, selber dabei möglichst wenig Schaden zu nehmen. Anglizisiert und verkürzt heißt das: „Top down“ statt „Bottom up“. D.h. der Grundgedanke der Demokratie, dass der Willensbildungsprozess sich allmählich von unten nach oben durchsetzt, wird pervertiert und in sein Gegenteil verkehrt: Politik heißt heute, nach unten zu vermitteln, was oben als unvermeidlich durchgewunken wird.

Was viele heute vergessen bzw. vergessen machen: Die Moderne ist einst mit der Verheißung angetreten, dass die Maschinen den Menschen von der Arbeit befreien werden. Heute könnte es – jedenfalls hierzulande – fast soweit sein: Die deutsche Arbeitsproduktivität (also das Verhältnis der erzeugten Werte zur dafür nötigen Arbeitszeit) ist annähernd die höchste der Menschheitsgeschichte. Aber wir sollen wieder mehr arbeiten und weniger verdienen. Wie kann das sein?

Dabei wird die Lücke zwischen Lohn- und Produktivitätssteigerungen bereits seit Jahren immer größer: Nachdem die (inflationsbereinigten) Reallöhne seit Kriegsende zwar zunehmend schwächer, aber eben doch immer angestiegen sind, ist seit Mitte bis Ende der 90-er Jahre eine Tendenz zur Stagnation zu beobachten; Ergebnis der immer wieder angemahnten „Lohnzurückhaltung“, jeweils begründet mit der deutschen Wettbewerbsfähigkeit respektive der Standortfrage. Die Fähigkeit der Deutschen, das von ihnen Erzeugte auch wirklich selber nachzufragen und zu verbrauchen, wird also immer schwächer, diese Nachfragelücke und die solcherart induzierte Arbeitslosigkeit also immer größer. Was nimmt es da Wunder, dass das Wachstum zurückgeht und ebenfalls stagniert? Die deutsche Wachstumsschwäche ist eine Binnenschwäche. Das bestreitet übrigens auch niemand ernsthaft. Denn über die Erfolge im Exportbereich können wir uns nicht beklagen: Deutschland ist Weltmeister im Exportieren! Auch preisbereinigt ist der deutsche Export – u.a. als Ergebnis der „Lohnzurückhaltung“ – in den letzten 5 Jahren nochmals um fast 50% gestiegen. Kein Land auf der Welt – auch flächen- wie bevölkerungsmäßig viel größere nicht – exportiert mehr als unseres: Allein ein Zehntel des gesamten Welthandels bestreitet Deutschland ganz alleine. Doch damit nicht genug: Deutschland ist gleich noch mal Weltmeister; und zwar beim Exportüberschuss! Kein anderes Land auf der Welt liefert an den Rest der Welt so viel mehr als es vom Rest dieser Welt einkauft (Querschnittvergleich). Das gilt auch im Hinblick auf die Vergangenheit: Es sind die höchsten Exportüberschüsse, die jemals von einem einzelnen Land erwirtschaftet wurden (Längsschnittvergleich).

Besonders atemberaubend wirkt dieses Faktum vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mit der ehemaligen DDR mitten in Deutschland ein Gebiet sitzt, das für sich genommen gewissermaßen Weltmeister im Importüberschuss ist (in den neuen Bundesländern wird nach wie vor annähernd nur jeder zweite dort verbrauchte Euro auch dort erwirtschaftet; die andere Hälfte ist eine Transferleistung aus dem Westen), was den gesamtdeutschen Exportüberschuss logischerweise reduziert, der gesamtdeutschen Weltmeisterschaft im Exportüberschuss aber ganz offensichtlich gar keinen Abbruch tut. Der deutsche Exportüberschuss ist nun auch die Erklärung dafür, dass die durch die Nachfragelücke im Binnenbereich induzierte deutsche Arbeitslosigkeit nicht noch viel größer ist.

Auch der Chef des Münchener ifo-Institutes Hans-Werner Sinn (einer der neoliberalen Protagonisten im Land) würde nicht bestreiten können, dass unsere Arbeitslosigkeit ohne die dramatischen Exportüberschüsse noch dramatisch höher wäre als ohnehin.

Was nun angesichts dieser Ausgangssituation Sinn will – und alle, die Sinn-gemäß argumentieren, wollen – ist Folgendes: Löhne und staatliche Lohnersatzleistungen werden gesenkt; bei Sinn (in seinem Buch „Ist Deutschland noch zu retten?“) um bis zu 30%, und zwar dergestalt, dass die Absenkung bei den unteren Einkommen größer ausfällt als bei den höheren. „Stärkere Lohnspreizung“ heißt das. Dabei soll übrigens der Sinn der Absenkung der Sozialhilfe ausdrücklich darin bestehen, insbesondere auf die untersten Lohngruppen auszustrahlen; will meinen, den Druck auf sie zu erhöhen. Allerdings würden die Kapitaleinkommen dadurch zunehmen. Das müsse man in Kauf nehmen, weil Deutschland als Gesamt Ganzes dadurch gewinnt, stärker wächst als vorher. Auch Sinn würde wohl kaum bestreiten, dass durch die von ihm vorgeschlagenen Lohnsenkungen die Binnen nachfrage weiter geschwächt wird. Aber das macht ja nichts, weil wir jetzt unsere „Wettbewerbsfähigkeit“ wiedergewonnen haben. Will heißen: Die ja nun noch größere Nachfragerücke im Binnenbereich wird nunmehr komplett durch Exporte kompensiert; so lange, bis auf diese Art und Weise auch der letzte deutsche Arbeitslose in Lohn und Brot gekommen ist.

Der Sinn-Plan funktioniert. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Rest der Welt es einfach so hinnimmt, dass wir dem Rest der Welt dann doppelt und dreifach so viele Exportprodukte um die Ohren hauen wie bislang schon der Fall, dass wir unseren Außenhandelsüberschuss immer weiter ausweiten und deshalb das Außenhandelsdefizit andernorts immer weiter zunimmt, dass wir unsere binnen-bedingte Arbeitslosigkeit bis zum letzten Mann exportieren und sie deshalb entsprechend andernorts ebenfalls zunimmt, und dass das Ganze andernorts nicht als pure Aggression empfunden wird. Dann, aber nur dann, funktioniert der Sinn-Plan. Wenn es aber andernorts ebenfalls Experten gibt, die für ihre eigenen Volkswirtschaften ähnlich glorreiche Vorschläge machen wie Sinn für die unsere, wovon wir getrost ausgehen dürfen, dann funktioniert der Sinn-Plan natürlich nicht. Dann wäre auch andernorts außer einer stärkeren Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und einer entsprechenden Ausweitung deflationärer Tendenzen nichts gewonnen und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in Relation zum Rest der Welt wäre völlig unverändert. Sinn müsste dann – konsequenterweise – erneut die verlorengegangene bzw. noch immer nicht wiederhergestellte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft anmahnen. Und dreimal dürfen wir raten, welchen Lösungsvorschlag er uns dann unterbreiten würde. (Die eigentliche Frage lautet also nicht: „Ist Deutschland noch zu retten?“ sondern: „Ist Sinn noch zu retten?“)

Wer weiß. Was wir aber wissen, ist: So kann es nicht gehen. Ein John Maynard Keynes hätte im Rahmen des nach ihm benannten Planes – auf den ich noch näher eingehen werde – einem Deutschland wie dem heutigen ganz eindeutig und unmissverständlich nicht etwa eine Absenkung, sondern im Gegenteil ein Anheben der Löhne empfohlen. Ja, ist der denn verrückt? Nein, keineswegs. Keynes wusste noch: So wie ein Land, das Importüberschüsse zeitigt, über seinen Verhältnissen lebt, so lebt ein Land mit Exportüberschüssen unter seinen Verhältnissen; und im Falle Deutschlands eben in dramatischer Größenordnung. Wenn dieser Situation nicht durch Lohnanhebung im Binnenbereich begegnet wird, dann bringt man die Menschen in diesem Land, die nämlich übrigens diese Exportüberschüsse erarbeitet haben, nicht nur um die vollständigen Früchte ihrer Arbeit, sondern man nimmt den Volkswirtschaften andernorts auch die Luft zum Atmen: Denn der solcherart andernorts erzwungene permanente Importüberschuss verhindert den Aufbau einer gesunden Binnenwirtschaft und zwingt in die Verschuldung und ihre Konsequenzen, weil dieser Importüberschuss nur finanziert werden kann mit geliehenem Kapital, welches aus den Überschussländern stammt.

Aber jetzt ist ja Globalisierung und entsprechend steht die Drohung der Abwanderung von Arbeitsplätzen im Raum. Diesbezüglich ist zunächst festzustellen, dass Deutschland ganz offensichtlich ein sehr guter Standort ist; und zwar auch und gerade für Investoren, die hierzulande, auch und gerade im internationalen Vergleich, sehr gute Gewinne erwirtschaften können, u.a. weil sie eben nicht (mehr) befürchten müssen, wie Sinn behauptet, dass die Gewerkschaften bis zur Schmerzgrenze gehen. Aber es ist verständlicherweise noch verlockender, den VW in der Slowakei zum dortigen Lohnniveau zu schrauben, um ihn anschließend hierzulande zu deutschen Preisen zu verkaufen, auch wenn klar sein muss, dass das nicht sehr lange gut gehen kann. Es kann aber vor allem auch nicht angehen, dass – u.a. mit dem weinerlichen Argument, die Menschheit gehöre doch zusammen – sämtliche Dämme für Kapital und Güter eingerissen werden, um anschließend – nunmehr wieder hübsch in nationalstaatlicher Konkurrenz argumentierend – zu fordern, Steuern und Löhne zu senken, um „internationale Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen“. Und um spätestens dann, wenn man andernorts ebenfalls auf den Trichter gekommen ist, diese Forderung – mit derselben wohlfeilen Begründung – zu wiederholen. Dieser Trick ist schon mal probiert worden; nicht nur aufgrund der Lobby der Industrie, sondern auch und gerade auf Ratschlag der „Experten“. Es ging gründlich daneben. Man nannte das Weltwirtschaftskrise. Die Konsequenzen sind bekannt.

Eine der Konsequenzen war die Etablierung eines theoretischen Gegenentwurfes – Keynesianismus genannt – zur herrschenden Lehre, die nach dem Desaster eine Zeit lang auch recht kleinlaut war, weil ihre Gleichgewichts-Phantasmagorien mit der Realität ganz offensichtlich nichts zu tun haben. Weil aber die Borniertheit nicht ausstirbt, geht das jetzt alles wieder von vorne los. Wenn Bertolt

Brecht recht hatte mit seiner Feststellung, Geschichte wiederhole sich nicht, es sei denn als Farce, dann ist das ja jetzt wohl die Farce. Nein: Die Suppe, die global eingebrockt wurde, muss jetzt auch global wieder ausgelöffelt werden. Das demokratische Korrektiv des ökonomischen Systems, das alleine in der Lage ist, der permanenten Neigung zur Nachfrangelücke dieses Systems entgegenzuwirken und es somit letztlich auch vor sich selbst zu schützen, ist durch den Globalisierungsprozess auf nationalstaatlicher Ebene verlorengegangen. Wenn jetzt schon die Überschussländer anfangen, ihre Löhne zu senken, dann gnade uns Gott. Wenn es uns aber gelingt, das demokratische Korrektiv des ökonomischen Systems ebenfalls zu globalisieren, dann sind wir noch zu retten, und Deutschland auch, und Sinn auch.

Was wäre also zu tun? Welche aus ethischen Maßstäben generierten Maßnahmen wären zu treffen, um unsere globale/globalisierte Ökonomie und damit auch uns selbst zu „ethisieren“?

Die wichtigste Größe neben der Wachstumsrate der sog. Realsphäre, eben des Bruttosozialproduktes bzw. des Bruttoinlandsproduktesⁱ, ist die Wachstumsrate der monetären Sphäre, welche im Wesentlichen der Höhe des Zinssatzes entspricht. Diesem wohnt nun ein Polarisierungseffekt inne dergestalt, dass dem (Geld-)Vermögenden gegeben wird, was andernorts abgezwickelt werden muss, in letzter Konsequenz bei den Lohnkosten. (Denn sämtliche Produktionskosten einer Unternehmung lassen sich letztlich auf Lohnkosten und Kapitalkosten reduzieren.ⁱⁱ) In Boom- und Wachstumsphasen, in denen die Wachstumsrate der Realsphäre die Wachstumsrate der monetären Sphäre deutlich übersteigt, wirkt der Polarisierungseffekt bereits; allerdings noch vergleichsweise harmlos deshalb, weil zwar der prozentuale Anteil des Kuchenstückes des (Geld-)Vermögenden stärker wächst als der prozentuale Anteil des Kuchenstückes des Lohnempfängers, aber das Kuchenstück des Lohnempfängers jedenfalls absolut eben doch auch. Anders dann, wenn Gleichstand herrscht zwischen monetärem und realem Wachstum: Für ein Anheben der Reallöhne ist jetzt kein Platz mehr. Und wenn schließlich die reale Wachstumsrate dauerhaft und nachhaltig unter die monetäre Wachstumsrate fällt – und das ist in Deutschland mittlerweile seit Jahren der Fall, müssen die Reallöhne sinken und irgendwann dann auch die Nominallöhne. Wer das bislang nicht glauben wollte und an dieser Stelle süffisant lächelte, wird durch die hochaktuellen Tagesereignisse mittlerweile eines besseren belehrt.ⁱⁱⁱ

Besonders schlimm wird es also dann, wenn die Zinsen höher sind als das BIP-Wachstum. Was ist also zu tun? Diejenigen, denen die Zinsen ein Sakrosanktum sind, sehen nur die Möglichkeit, das reale Wachstum wieder über das monetäre zu peitschen. Das ist ja auch die offizielle Politik, obwohl im Angesicht eines Brüning-Programmes namens Hartz IV, das die ohnehin schwache Bin-

nennnachfrage endgültig kaputtmacht, Zweifel aufkommen müssen, ob dieses Ziel denn auch tatsächlich ernsthaft angestrebt wird. Aber auch ohne Hartz IV wird das mit dem Wachstum wohl kaum noch klappen, weil die aggregierte Gesamtnachfrage durch die starke Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen bereits zu schwach ist, weil es trotzdem zunehmend Sättigungstendenzen gibt^{iv}, weil darüber hinaus die Menschen nachhaltig verunsichert sind und entsprechend „Angst“-sparen.

Die hochproduktiven Volkswirtschaften der Industrieländer waren in ihrer Aufbauphase – beispielsweise Deutschland nach dem 2. Weltkrieg – zunächst durch hohe Gewinne und hohe Einkommen gekennzeichnet. Mit zunehmender Sättigung der Märkte werden aber Gewinne wie Einkommen zunehmend nicht mehr sofort konsumiert. Diese Unterkonsumtion, dieser Nachfrageausfall führt zu einer Unterauslastung der Ressourcen einschließlich der Ressource Arbeitskraft und mithin zu Arbeitslosigkeit. Nun kommt es zu Selbstverstärkungsprozessen: Der Druck auf die Reallohne wird größer, entsprechend die Nachfragelücke, entsprechend die Unterauslastung der Ressourcen, entsprechend die Arbeitslosigkeit u.s.w. Durch die stärker werdende Ungleichverteilung wird die (aggregierte) Gesamtnachfrage zusätzlich weiter verringert, weil sich Reiche eine höhere Sparquote leisten können. Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ist also nicht nur ein soziales bzw. ein moralisches Problem, sondern eben auch ein ökonomisches. Die Wachstumsraten des Sozialproduktes gehen also zurück.

Schließlich fallen die Wachstumsraten der sog. Realsphäre der Ökonomie unter die Wachstumsraten des Geldes, also des Zinses. Die sog. monetäre Sphäre entkoppelt sich von der realen. In einer solchen Situation – und das ist die gegebene für die modernen Industriestaaten nunmehr seit Jahren – sind die Verteilungseffekte eindeutig und stark regressiv, d.h. es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt: Die Schuldner – und dazu gehören eben auch Unternehmen – verarmen, während der Reichtum von Geldvermögensbesitzern extrem zunimmt.

Bereits für Keynes war klar, wohin die Reise geht: Er sprach von der „sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“^v, was nichts anderes heißt, als dass in einer gereiften Volkswirtschaft die in der Realsphäre zu erwirtschaftenden Profite der Unternehmen immer geringer werden. Keynes sieht in einer solchen Situation eine mögliche langfristige Lösung des Problems in einer Anpassung der Zinssätze nach unten, Richtung Null.

Der Anstieg des Geldvermögens, d.h. die Ansammlung von Einkommensüberschüssen und Ersparnisbildung über Zinsen und Renditen in den Industrieländern übersteigt die Wachstumsraten der sog. Realsphäre, also der Güter und Dienstleistungen (gemessen im sog. Brutto-Inlands-Produkt „BIP“), bereits seit langem. Man muss nur einmal die täglich neu veröffentlichte sog. Umlaufrendite in Deutschland – d.i. die Durchschnittsrendite öffentlicher Anleihen, die eine Art Mindeststandard für Renditeerwartungen setzt – mit der deutschen Wachstumsrate des BIP vergleichen: Bekanntermaßen pendelt das reale Wachstum in Deutschland bereits seit Jahren zwischen eins und Null. Aber gemäß OECD-Statistik gilt auch global bereits seit Jahren, dass die realen Zinsen oberhalb der realen Wachstumsraten der BIPs liegen. Die heimischen Vermögens- und Kapitalbesitzer (und auch die aller anderen Industrieländer) sehen zu Hause keine ausreichenden Verwertungsmöglichkeiten für ihr Kapital. Zum einen unterbleiben dadurch in den heimischen Ländern gesellschaftlich wichtige Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Umwelt, Jugend, Ausbildung, Kultur. Zum anderen aber sucht das ständig schneller anwachsende Anlagekapital nunmehr auf den Weltmärkten nach höchstmöglicher Verwertung, d.h. Kapitalverzinsung.

Neben den Renditeerwartungen sind aber in den Schwellenländern auch die Risikoprämien und entsprechend die Zinssätze sehr hoch. Im Ergebnis zahlen Entwicklungsländer mehr für Zinsen und Tilgungen an die Gläubigerländer als sie an Krediten und Entwicklungshilfe von diesen erhalten. Die Nettokapitalströme verlaufen von Süd nach Nord und nicht etwa umgekehrt! Weil aber Geldvermögen und Geldschulden 2 Seiten ein und derselben Medaille sind und sich die Kapitalanhäufung der Gläubiger in den entwickelten Industrieländern vollzieht, die Entwicklungs- und Schwellenländer aber die Schuldner sind, führen entsprechende Krisen auch vorzugsweise dort zu Wirtschaftskatastrophen. Spätestens dann aber, wenn im Zuge einer solchen Katastrophe die dortigen Währungen dramatisch abgewertet wurden und sich die Auslandsschulden dadurch nochmals schlagartig vergrößert haben, wird deutlich, dass unter diesen Umständen Kapitalbildung und langfristig sicheres Wachstum in der Peripherie gar nicht möglich sind. Kapitalakkumulation und Wohlstandsmehrung in den Armutsländern wird verhindert und fortgesetzte Abhängigkeit von Auslandskapital perpetuiert. Eine Eindämmung des Wachstums des Geldvermögens in den Industrieländern ist daher notwendige Voraussetzung dafür, eine Kapitalbildung in den Entwicklungsländern überhaupt erst zu ermöglichen. Um den Selbstvermehrungsmechanismus, der dem Geldvermögen innewohnt, abzubremsen, um die wachsende Ungleichverteilung zwischen Schuldnern und Geldvermögensbesitzern zu stoppen und die Explosivwirkung von Armut und Elend auf der einen und maßlosem Reichtum auf der anderen Seite zu entschärfen, müssen die realen Zinssätze global gegen Null gedrängt werden.

Wie sollte so etwas möglich sein?

Seit nunmehr über 60 Jahren wird ein entsprechender Plan so erfolgreich totgeschwiegen, dass teilweise selbst Universitätsprofessoren der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen davon noch nie etwas gehört haben. Dieser Plan wurde vom bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts auf der bedeutendsten Konferenz des 20. Jahrhunderts vorgestellt: Von John Maynard Keynes in Bretton Woods im Jahre 1944, wo die Sieger des 2. Weltkrieges über die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit berieten und befanden:

Der sog. Keynes-Plan oder Bancor-Plan sah die Gründung einer Union für den internationalen Zahlungsverkehr – "International Clearing Union" – vor, die auf einem internationalen – und gewissermaßen virtuellen – Bankgeld, dem sog. Bancor, beruht. Der Bancor sollte in einem festen (aber nicht für alle Zeit unveränderlichen) Austauschverhältnis zu den teilnehmenden Währungen stehen, dabei aber selbst nicht in Notengeldform oder anderweitig als Zahlungsmittel für die Wirtschaftssubjekte in Erscheinung treten. Die Zentralbanken der Mitgliedsländer sollten bei der International Clearing Union Konten unterhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Leistungsbilanzen untereinander, definiert in Bancor-Einheiten, auszugleichen. Für Länder mit einer positiven Leistungsbilanz (die also mehr Güter und Dienstleistungen exportieren als sie importieren) würde bei der Clearing Union ein Bancor-Guthaben ausgewiesen werden, für solche mit einer negativen Bilanz ein entsprechendes Soll. (Im ehemaligen innerdeutschen Handel gab es auf bilateraler Ebene einmal etwas ganz Ähnliches: den sog. Swing, eine Art zinsloser Kontokorrent-Kredit für die DDR; die "Währung" war damals die VE (Verrechnungs-Einheit), welche jedoch wertmäßig der DM entsprach.)

Das Ganze würde von Maßnahmen begleitet sein, die einer unbegrenzten Anhäufung von Guthaben, und entsprechend auch von Schulden, entgegenwirken: Für jeden Mitgliedstaat wird zunächst die Höhe seiner maximal erlaubten Verschuldung gegenüber der Union festgelegt: die sog. "Quote", welche jedoch in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden kann. Übersteigt nun der jährliche Durchschnitts-Saldo eines Mitgliedsstaates ein Viertel seiner Quote, so soll vom entsprechenden Differenzbetrag eine Gebühr von 1% an den sog. Reserve-Fonds der "Clearing Union" gezahlt werden; und zwar unabhängig davon, ob es sich nun um einen Haben- oder einen Schuldensaldo handelt. Übersteigt der Saldo die Hälfte der Quote, so erhöht sich die Gebühr auf 2%. Mitgliedsstaaten, die Schulden haben, können aber nunmehr auf Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen aus den Guthaben der Mitgliedsstaaten, die über solche verfügen, Anleihen aufnehmen, wodurch beide, die Schuldner wie die Gläubiger, ihre Gebühren an die Clearing Union vermeiden können. Dabei ergibt sich markt-logisch, dass die Konditionen für diese Anleihen bei Zinssätzen unter 1% bzw. unter 2% liegen werden, da die Schuldner selbstverständlich nicht bereit sein wür-

den, mehr zu bezahlen als sie an Gebühren an die Clearing Union zu entrichten hätten. Auf der anderen Seite sind die Gläubiger ebenfalls froh, keine Gebühren entrichten zu müssen und geben sich im Idealfall mit einem Zinssatz nahe oder sogar gleich Null zufrieden. Unter den gegebenen Bedingungen ist es ebenso vorstellbar, dass sich Gläubiger – zumindest vorübergehend – mit leicht negativen Zinssätzen einverstanden erklären, da sich ihre Position dadurch immer noch günstiger darstellte, als wenn sie Strafgebühren entrichten müssten.

Bei Überschreiten des Schuldkontos um mehr als ein Viertel der Quote sind die Mitgliedstaaten zunächst nur berechtigt, den Kurs ihrer Währung gegenüber dem Bancor anzupassen. Bei Überschreitung um mehr als die Hälfte kann die Clearing Union eine bestimmte Abwertung der Währung des Mitgliedstaates verlangen sowie der Regierung des Mitgliedstaates *"interne Maßnahmen empfehlen, die dessen inländische Wirtschaft beeinflussen und die zweckmäßig erscheinen, um seine internationale Bilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen"*. Übersteigt das Schuldkonto eines Mitgliedslandes schließlich mehr als drei Viertel seiner Quote, so kann die Clearing Union vom Mitgliedstaat noch weiter gehende Maßnahmen verlangen. Falls es dem Mitgliedstaat nicht innerhalb von 2 Jahren gelingen sollte, sein Schuldkonto unter die betreffende Marke zu senken, so kann ihn die Clearing Union schließlich auch für zahlungsunfähig erklären und ihm die Berechtigung entziehen, weiterhin sein Konto zu belasten.

Aber auch die Gläubiger(-staaten) sollen zur Rechenschaft gezogen werden können: Übersteigt bei einem Mitgliedstaat das Guthabenkonto die Hälfte seiner Quote, so *"soll er mit dem Vorstand (der Clearing Union) besprechen, welche Maßnahmen zweckdienlich sein könnten, um das Gleichgewicht seiner Außenhandelsbilanz wiederherzustellen"*. Hierzu gehören

- a) Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage,
- b) Aufwertung seiner Landeswährung gegenüber dem Bancor oder aber – ergänzend bzw. alternativ – ein Anheben der Geldlöhne(!!!!),
- c) die Reduzierung von Importzöllen und anderen Importhemmnissen,
- d) internationale Darlehen für die Entwicklung zurückgebliebener Länder.

Über den Welthandel hinaus sollte der Bancor auch allerlei segensreiche Wirkungen für andere internationale Aufgaben entfalten. So nannte Keynes in seinem Entwurf die Einrichtung²

² vgl. ebda, S. 344 f

- internationaler Körperschaften, die sich mit Nachkriegshilfe, Sanierungsprogrammen und Wiederaufbau befassen,
- einer übernationalen Ordnungsmacht, *“der die Pflicht zur Erhaltung des Friedens und zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung auferlegt ist“*,
- einer internationalen Investitionsgesellschaft,
- einer internationalen Körperschaft, die mit der Steuerung der Rohstoffversorgung befasst ist und beispielsweise Rohstofflager finanziert.

Die genannten Institutionen sollten sehr eng mit der ICU zusammenarbeiten³ und damit (nunmehr “klassisch keynesianisch“) die Übel des Konjunkturzyklus durch die Ausübung von Dämpfungs- oder Wachstumsimpulsen auf das Gesamtsystem oder auf einzelne Bereiche bekämpfen. Die Finanzierung der eher konsumtiven Ausgaben (Ordnungsmacht, Aufbauprogramm) könnte dabei durch den Reserve Funds erfolgen.

Die fundamentale Eigenschaft der ICU ist also die einer Institution, die multilateral barter trading (z. dt. Kompensationsgeschäfte) organisiert und auf Basis eines "Geldes" verrechnet, das lediglich bei der Verbuchung gelieferter Leistungen auf der Aktivseite des Lieferanten und auf der Passivseite des Verbrauchers in Erscheinung tritt, auf Geldverkehr im üblichen Sinne also völlig verzichtet. Man könnte sie also durchaus mit einem Tausch-Ring der Nationalstaaten vergleichen. In Bank-Termini ausgedrückt, handelt es sich also um eine "Bank", die sich einer nicht konvertiblen Währungseinheit bedient, kein Liquiditätsproblem kennt, immer zahlungsfähig ist, nicht zusammenbrechen und dementsprechend auch auf Reserven verzichten kann. Insofern kann auch darauf verzichtet werden, dass einzelne Mitgliedstaaten Vermögenswerte zur Verfügung stellen, um einen Kapitalstock für einen Fond zu bilden, der Kredite vergibt (wie das bei IWF und Weltbank der Fall ist). Die Bereitstellung der Liquidität würde in genau der zur Finanzierung des Handels erforderlichen Größenordnung erfolgen. Im Verhältnis zum Bedarf wäre also nie zuviel oder zuwenig internationales Geld vorhanden. Die internationale Währung wäre ausschließlich von endogenen Prozessen bestimmt und nicht abhängig von Goldfunden, vom Vertrauen in eine Leitwährung bzw. vom Grad der durch das Leitwährungsland zur Verfügung gestellten Liquidität. (Das in der Praxis häufig

³beispielsweise sollte die internationale Ordnungsmacht die Möglichkeit bekommen, zusammen mit der ICU über die weitere Verwendung des Verrechnungskontos eines säumigen Teilnehmerstaates zu befinden et.c.

hochproblematische Dilemma zwischen der Verwendung der Leitwährung als einerseits nationaler Währung und andererseits internationaler Liquidität und Zentralbankreserve wäre aufgelöst.)

Keynes selbst betonte, dass ein weiterer bedeutender Vorteil des Systems darin besteht, dass dabei nicht mehr Liquidität über Hortungsmechanismen dem Markt entzogen (insbesondere sollte auch die Konvertibilität des Bancor in Gold explizit ausgeschlossen werden) und dadurch deflationärer Druck mit Kontraktionswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausgeübt werden kann. Er betonte bei seinem System auch den multilateralen Charakter des Beziehungsgeflechts von Handelsströmen, denn ein Land ist immer im Soll oder Haben mit der ICU als Ganzer und muss nicht etwa warten, bis sein Gläubiger bzw. Schuldner seine Waren nachfragt bzw. ihm welche liefert. Dies war in der Tat zu Zeiten von Bretton Woods weniger selbstverständlich als dies heute der Fall ist: Zum einen war der Anteil des internationalen Handels am Handel insgesamt geringer; zum anderen war internationaler Handel oft bilateral gebunden und – soweit multilateraler Natur – häufig/typischerweise Gold-vermittelt.

Wir haben heute einen funktionierenden, wenn auch nicht gleichgewichtigen multilateralen Welthandel ohne Bancor, der auch nicht mehr durch Gold vermittelt ist. Aber an die Stelle des Goldes traten die sog. Leitwährungen, insbesondere der US-Dollar. Das war aber genau, was Keynes verhindern wollte: *"Und damit Pfund Sterling und Dollar nicht als Konkurrenz zum Bancor in Zentralbankreserven auftreten können, müssten die Gründerstaaten übereinkommen, dass sie die Reservehabens anderer Zentralbanken nicht anerkennen werden...."*

Man muss kein Moralist und auch kein Ethiker sein, um das heutige System der Leitwährungen für ungerecht zu halten: Ökonomischen Disparitäten wird dadurch nicht etwa entgegengewirkt, sondern sie werden im Gegenteil verstärkt. Dazu nur einige Zusammenhänge: Die Unternehmen und Banken im Leitwährungsland können in der heimischen Währung kalkulieren, Kosten für Kurssicherungsgeschäfte und Wechselkurs-Provisionen entfallen für sie völlig und werden auf das Ausland abgewälzt. Der übrige Welthandel muss – auch für den Handel untereinander – in der Leitwährung liquide sein, denn 90% des gesamten Welthandels werden in den 3 Leitwährungen US-\$, Euro und Yen abgewickelt. Die Leitwährungen setzen sich schließlich auch als internationales Wertaufbewahrungsmittel durch: Nicht nur werden 60% der Hartwährungsvorräte aller Notenbanken in US-\$ gehalten, sondern auch beinahe die Hälfte der gesamten privaten Ersparnisse: Selbst chinesische Bauern sammeln Überschüsse in \$-Noten.

Durch die genannten Zusammenhänge wird ein Nachfrageschub nach Leitwährung induziert, der bequem mit einer Ausweitung der Geldmenge in Leitwährung beantwortet werden kann, ohne dass dadurch unmittelbare Inflationsgefahren für das Leitwährungsland drohen. Denn das Geld wird ja "draußen" gebraucht und ist insofern im Inland nicht nachfragewirksam. Der dadurch entstandene zusätzliche Notenbankgewinn kommt aber natürlich dem Leitwährungsland zugute. Als solches lässt es sich schließlich auch dann noch gut leben, wenn man vom internationalen Gläubiger zum internationalen Schuldner mutiert ist (wie im Falle der USA geschehen). Denn die Verschuldung in der eigenen Währung gestaltet sich vergleichsweise problemlos: *"We just print the money!"*; z.Dt.: *"Wir drucken einfach das Geld!"*

Was Keynes am Ende seines Lebens verhindern wollte, war genau die Absicht seiner Kontrahenten. Bekanntermaßen konnte er sich in Bretton Woods nicht durchsetzen. Der US-amerikanische Delegationsleiter äußerte damals: *"Wir haben nicht den Krieg gewonnen, um uns einer Horde Bankiers zu unterwerfen!"* Statt dessen kam der amerikanische "White-Plan" zum Zuge, ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar im Mittelpunkt, indirekter Goldbindung (über den Dollar) und selbstverständlich einer positiven Verzinsung der Überschüsse. Keynes kommentierte den White-Plan mit den Worten: *"Das ist kein Währungssystem mehr, sondern eine Kneipe, in der der bezechte Wirt seine Gäste verführt mitzuhalten. Wer unangemessen nüchtern bleiben will, fliegt raus. Der beschwipste Wirt setzt ihn eigenhändig vor die Tür."*

Die USA waren nicht nur die wirtschaftliche Siegermacht des 2. Weltkrieges, sondern auch seit 1917 in der Position eines Weltgläubigerlandes. Somit entsprach der "White-Plan" den ökonomischen und politischen Interessen insbesondere der USA. Deshalb – und nicht etwa, weil er nicht praktikabel gewesen wäre – wurde der Keynes-Plan in Bretton Woods verworfen. Keynes hat bewusst seine Autorität als Weltökonom in die Waagschale geworfen und betont, dass sein System nicht nur eine schöne Idee sein soll, sondern auch in der Praxis anwendbar ist. Und zwar unabhängig von der jeweiligen Regierungsform und den Prinzipien der Wirtschaftspolitik der betreffenden Mitgliedstaaten. In diametralem Gegensatz dazu steht die heutige Praxis der mittlerweile obligatorischen Einflussnahme des IWF auf die Verwendung der Kredite, die die notleidenden Empfängerländer erhalten.

Genau um der Gefahr einer Praxis wie der des heutigen IWF entgegenzuwirken, wollte Keynes eine epochale Änderung und *"...nicht nur dem Schuldnerland, sondern auch dem Gläubigerland eine Mitverantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung auferlegen. Die Absicht ist, dass es*

dem Gläubiger nicht erlaubt sein sollte, vollkommen passiv zu bleiben. Denn wenn er das ist, wird dem Schuldnerland, das aus diesem Grund sowieso schon in der schwächeren Position ist, eine nicht zu verantwortende Last aufgebürdet."

Was könnte eine an Keynes orientierte Weltwährungsordnung für die Welt leisten?

- Eigenständige Einzelstaaten mit eigenen, binnenwirtschaftlich stabilisierten Währungen, die mit einem neutralen Bindeglied verkoppelt werden.
- Gerechtere und ausgleichendere Währungsverhältnisse in den einzelnen Ländern, die für langfristig stabile und friedfertige Verhältnisse als notwendig vorausgesetzt werden müssen.
- Gute währungspolitische Voraussetzungen für eine echte realwirtschaftliche Konvergenz. An die Stelle der bisherigen Polarisationsprozesse treten Angleichungsprozesse.
- Ein System, das sich offen zeigt für die freiwillige Teilnahme von Ländern aus allen Erdteilen, die Stück für Stück unter Zuhilfenahme der ihnen gewährten zinslosen Darlehen (s.o.) ihr Wirtschaftspotential allmählich und behutsam ausbauen, ohne über Schuldenspiralen in wirtschaftsimperialistische Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten.

Es grenzt an Blasphemie, wenn heute – u.a. an Universitäten – so getan wird, als seien die sog. Bretton-Woods-Institutionen Weltbank und IWF in ihrer jetzigen Form irgendwie auf Keynes zurückzuführen. Einer, der es besser weiß, ist der deutsche Ökonom Wilhelm Hankel, der die Auffassung vertritt, dass die Umsetzung des Keynes-Planes nie so wichtig war wie gerade heute. Hankel sieht darin die einzige Möglichkeit, dem Finanz-Globalismus – wie er ihn nennt – *"Schach zu bieten, ihn unter Kontrolle zu stellen, zu zähmen und betriebssicher zu machen, die internationale banking community wieder an die Leine zu nehmen und Kredithaien und Hasardeuren Einhalt zu gebieten"*.

Ich meine: Wir sollten jedenfalls zu einem Konsens darüber zurückfinden, dass die sog. Marktwirtschaft nicht Selbstzweck sein darf, sondern auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung im Dienste der Bedürfnisse der Menschen stehen muss. Und dass deshalb auch nicht der Mensch um des Weltmarkts willen, sondern allenfalls der Weltmarkt um der Menschen willen da sein muss. Wer den globalen Markt will, muss auch eine globale Rahmenordnung des globalen Marktes wollen – oder wenigstens akzeptieren.

Keynes' Plan weist ihn einmal mehr aus als einen Welt-Ökonomen, der von einem gesunden wohlfahrtspolitischen Instinkt getragen war und nach seinem Tode zu Unrecht auf einen "Mr. Deficit Spending" reduziert wurde. Seine Ideen und Gedanken können gerade heute wegweisend sein für Entwürfe, die ökonomische Vernunft mit Interessen des Gemeinwohls verbinden. Am Ostermontag 1946 ist John Maynard Keynes einem Herzinfarkt erlegen. Sein Plan ist sein Vermächtnis für die "Eine Welt". Er ist sein Testament für uns geblieben. Bis zum heutigen Tage.

Unter der Voraussetzung, dass es gelingt, in der beschriebenen Form – oder auch anders – die globalen Zinssätze gegen Null zu führen, können die Reallöhne proportional zur Produktivität ansteigen. Damit wiederum wäre die systemlogische Voraussetzung dafür geschaffen, dass eine weitere Steigerung der Produktivität zu einer Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Realeinkommen führt. Die Wirtschaft müsste nicht mehr wachsen, und Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung könnten durch technischen Fortschritt immer weiter abnehmen. Und die Menschheit könnte immer mehr befreit werden – von der Arbeit und hin zur Ethik, zur Ästhetik, zur Schönheit.

Bereits Keynes träumte von dieser nicht mehr wachsenden, reifen – „stationären“, wie er sie nannte – Wirtschaft, und ich träume davon, dass es gelingt, diese Situation unblutig, also ohne abrupten Systemwechsel, zu erreichen. Als Menschen werden wir dennoch oder gerade dann weiter wachsen: In unserer Kultur, in unserer Kunst, in unserer Spiritualität und in unserer Persönlichkeit, weil wir endlich Zeit haben werden, uns um die Heilung unserer seelischen Wunden zu kümmern, die wir wohl auch deshalb erlitten haben, um materiell dorthin zu kommen, wo wir heute sind.

Mehr Zeit für Ethik!

ⁱ Weil sich der Ausländeranteil in allen Industrieländern immer weiter erhöhte, ging man mehr und mehr dazu über, das Bruttosozialprodukt (BSP), welches die Summe aller Güter und Dienstleistungen misst, welche durch Inländer (in unserem Falle also durch Deutsche) erzeugt werden, durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu ersetzen, welches die Summe aller Güter und Dienstleistungen misst, die im Inland (in unserem Fall also in Deutschland) erzeugt werden.

ⁱⁱ Auch sog. Materialkosten und Kosten für Rohstoffe sind letztlich nichts anderes und nicht mehr als Lohnkosten, die aufgewandt werden müssen, um diese Rohstoffe aus der Erde zu holen. Denn der Planet schickt keine Rechnung.

ⁱⁱⁱ Auch die übrigen getroffenen Aussagen lassen sich durch die bundesrepublikanische Wirtschaftsgeschichte ohne weiteres empirisch bestätigen.

^{iv} Die Motivation beispielsweise, sich überhaupt ein Handy anzuschaffen, ist naturgemäß viel höher, als von einem GSM- auf ein UMTS-Gerät umzusteigen.

^v Man tut Keynes nicht unrecht, wenn man darauf hinweist, dass das Marx'sche Pendant dazu der „tendenzielle Fall der Profitrate“ ist.